

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 64 (1970)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Nach Schwarzenbach  
**Autor:** Kobe, Willi  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-141765>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 30.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

als dass man von ihnen behaupten könnte, es stehe ihnen nicht das gleiche, tragische Ende bevor, wie dem kommunistischen Russland, dessen neues Establishment sich nur formal von dem des Westens unterscheidet und mit Recht ebenso von den jungen Revolutionären bekämpft wird, wie dieses. Gewiss, auch der Sieg gewaltfreier Revolutionen ist ungewiss, auch das Indien Gandhis ist wieder etabliert und hungert, aber die Zahl der Opfer war ungleich geringer, millionenfaches Sterben wurde verhütet; dazu ist zu bedenken, dass die Politiker der Gewalt, auch die revolutionären, jahrtausendealten Erfahrungen in ihren vergeblichen Kampf mitbringen, die Gewaltfreien ihre Spielregeln, wenn ich so sagen darf, erst lernen und erforschen müssen. Für uns Christen gibt es aber gar keine andere Initiative. Denn unsere Kraft muss das Vorbild, das Beispiel sein. Wie können wir von Brüderlichkeit und Liebe sprechen, wenn wir unsere Brüder um dieser Brüderlichkeit willen abschlachten oder abschlachten lassen. Abschlachten, denn, und hier liegt der diametrale Gegensatz zur Lehre von der marxistischen Weltrevolution, denn auch die, die wir bekämpfen, sind unsere Brüder. Solange die Brüder nur auf der einen Seite der Barrikaden stehen, kann kein Friede, kann keine neue Ordnung entstehen. Solange der Mensch den Menschen vernichtet, trifft er sich selbst. «Der die Peitsche schwingt, foltert sein eigenes Fleisch», schrieb ein junger österreichischer Dichter kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, im übrigen ein ehemaliger Kommunist, und traf damit den etablierten Christen ebenso ins Herz wie den etablierten Revolutionär.

Schluss folgt

## Nach Schwarzenbach

Der Entscheid über die Überfremdungs-Initiative Schwarzenbach ist mit der ungewöhnlich hohen Stimmbeteiligung von durchschnittlich 74 Prozent mit 557 714 Stimmen dafür und 654 588 Stimmen dagegen gefällt. Die Abstimmung hat in den einzelnen Kantonen gewisse Überraschungen gebracht, zeigte aber doch durchschnittlich, dass eher bäuerlich strukturierte Landesteile die Initiative angenommen haben, während industriell entwickelte sie verwarfen. Es standen sich überall die Ja- und Neinstimmen recht knapp gegenüber und zeigten, dass auch viele Industriearbeiter ihr zugestimmt haben. Es scheint aber auch, dass eine nähere Umfrage ergeben würde, dass junge, politisch aufgeweckte Stimmberechtigte – wohl ein gutes Zeichen! – in ausgesprochener Weise zur Verwerfung der Initiative beigetragen haben.

Ungeachtet des Ausgangs der Abstimmung ist es jedem klar, dass, bei der hohen Zahl der Stimmberechtigten auf beiden Seiten, die Überfremdungsfrage für die Gegenwart und nahe Zukunft ein Politikum ersten Ranges bleiben wird. Allzustark ist durch den Abstimmungskampf das Bewusstsein für manche unstimmige Zusammenhänge bezüglich der Industrialisierung der Schweiz, wie auch der Ausländerfrage in der Schweiz, zum Aus-

druck gekommen, als dass diese nicht nach einer vordringlichen Bereinigung riefen.

Es scheinen mir besonders zwei Fragenkomplexe im Vordergrund zu stehen.

Zum ersten geht es darum, dass unsere Industrie- und Bankkreise nicht die Auffassung hätscheln, dass alle die Neinstimmen gegen die Initiative Schwarzenbach ein Ja zu ihren selbstischen Interessen an einer schrankenlosen Export- und Expansionswirtschaft bedeuten. Viele Neinstimmen aus den Kreisen der Arbeiterschaft im weitesten Sinne, wie auch der Intellektuellen, bedeuten allein ein Ja zum Fremdarbeiter als Mitmensch und Partner am gemeinsamen Bau unseres schweizerischen Zivilisations- und Kulturhauses, in welchem wir gemeinsam würdig wohnen möchten. Diese Abstimmung zeigte wieder einmal, wie verzwickt heute die Umstände oft liegen, so dass man aus gewissen Gründen Trends temporär unterstützen muss, welche man aber grundsätzlich verwirft. Dadurch sollten solche Anlässe zu Besinnungs- und Wendepunkten werden.

Es ist hier speziell an die Arbeiter-*Bewegung* gedacht. Man sollte nun die Zeit für gekommen erkennen, um tatsächlich wieder eine Arbeiter-*Bewegung* zu werden, die sich nicht durch «Friedensverträge» – die wesentlich den Kalkulationsplanungen der Unternehmungen zu dienen haben – um den gerechten Anteil an den mit den Unternehmungen gemeinsam erarbeiteten Jahreserträgen der Wirtschaft prellen lässt, sondern in geeigneten Formen wieder darum kämpft. Nicht zuletzt geht es hier um das Mitsprache- und Entscheidungsrecht der Betriebsangehörigen in den Unternehmungen. Die Wirtschaft ist nun so reich geworden, dass die Mittel zur sozialen Sicherung des länger gewordenen Menschenlebens zur Verfügung stehen. Soziale Sicherstellung in Krankheit, Invalidität, Todesfall und Alter und eine für die Zukunftsaufgaben ausreichende Bildung und Ausbildung der Kinder der Arbeiterschaft und der Intellektuellen sind Postulate, um die es sich heiss zu kämpfen verlohnt.

Zum zweiten darf es nicht bei den negativen Bestrebungen des Bundesrates zur Lösung des Überfremdungsproblems bleiben, indem er den Zustrom der Fremdarbeiter kontingentiert, reglementiert und zurückschneidet. Dadurch wird dieser allein wirtschaftlich dirigiert und das Fremdsein des Fremdarbeiters als Mensch in unseren Grenzen zementiert. Und dies geschieht alles im Zeitalter der Menschenrechte, die unser Staatswesen auch anerkannte, welche jedem Menschen, ohne Rücksicht auf Geschlecht, Herkunft, Alter und Begabung, die selben persönlichen und sozialen Grundrechte zusprechen. Zudem leben wir heute im Zeitalter der europäischen Integration. Der Bundesrat erklärte letzthin, dass er über den Beitritt der Schweiz zur EWG in Verhandlungen eintreten wolle. Wie will er dabei weiterkommen ohne den Grundsätzen der Menschenrechte, die das EWG-Statut als begründend anerkennt, im eigenen Land zugleich Rechtskraft zu verleihen?

Ein Ja zum Fremdarbeiter, wie es in der Abstimmung zum Ausdruck kam, bedingt auch ein Ja zum Austritt aus der «Denkschablone des Eidge-

nössischen!» Wir müssen in angemessener und würdiger Weise den Fremdarbeiter in unsere schweizerische Wohnstübengemeinschaft aufnehmen und nicht nur mit ihm am Arbeitsplatz zusammenarbeiten wollen, sondern gemeinsam auch unseren Lebensraum bestellen, in welchem wir gemeinsam leben. Aus einem Fremden, und sich bei uns Fremdfühlenden, soll er in unserem Lande zu unserem Partner werden. So haben sich auch einst verschiedene Volksstämme und Sprachengruppen in unserer Nation zur Partnerschaft zusammengefunden, was nur eine kulturelle und wirtschaftliche Bereicherung aller war.

Wir müssen vordringlich zur rechtlichen Regelung dieser Partnerschaft gemäss den Grundsätzen der Menschenrechte schreiten.

Dazu gehört folgendes:

Unser Land muss jedem wegen seiner Lebensanschauung oder seiner politischen Überzeugung, und ihrer praktischen Folgen, Verfolgten das Asylrecht offenhalten, welches alle Menschenrechte garantiert.

Die Rechtsungleichheiten für Ausländer und Schweizer müssen beseitigt werden.

Öffentliche Meinungsbildung und Mitbestimmung, mindestens in und über Fragen, die sie selber betreffen, müssen den Ausländern garantiert sein. Das Recht der freien Meinungsäusserung und der Vereinsbildung muss auch für Ausländer Geltung haben. In Kirchen- und Schulgemeinden sollen sie nach kurzen Fristen stimm- und wahlberechtigt sein.

Das Einbürgerungsrecht muss eidgenössisch vereinheitlicht werden und die Einbürgerung allen niedergelassenen Ausländern leicht erreichbar sein.

Soll über dem Abstimmungskampf nicht ein tiefer, vergiftende Dämpfe ausstossender Graben durch unsere Nation aufgerissen bleiben, dann müssen die vorstehend skizzierten Aufgaben sofort an die Hand genommen werden. Welche politische Partei eröffnet den Wettkampf um diese Postulate?

Willi Kobe

Bezüglich der politischen Postulate zur Ausländerfrage besteht eine sorgfältig überdachte «Erklärung zur Lage der Ausländer in der Schweiz», welche im März 1970 aus zwei Arbeitstagen von Schweizern und Ausländern auf Boldern hervorgegangen ist. Sie kann zur Kenntnisnahme und Mitunterzeichnung bezogen werden bei: Dr. Gessler, Tagungszentrum Boldern, 8718 Männedorf.

## Die Gewerkschaftsbewegung im Umbruch unserer Zeit

Nachfolgender Aufsatz möchte zur Klärung der Frage beitragen: Wird die Gewerkschaftsbewegung in den kommenden Jahren ihren Einfluss auf die Gesellschaft verlieren oder vertiefen? Die Untersuchung dieser Frage berücksichtigt vorzüglich den Aspekt der wissenschaftlich-technischen Revolution und deren Auswirkung auf unsere Gesellschaft. Die dem Aufsatz zugrunde liegenden Fakten entnehmen wir dem ausgezeichneten Artikel: